

## Die Grundschule als sozialer Lebens- und politischer Lernraum

# Für die Demokratisierung von Schule und Unterricht

**Kinder haben das Recht mitzubestimmen – auch in der Schule. So steht es in einem Offenen Brief an die Kultusministerkonferenz, den Teilnehmer/innen der Experten-Tagung „Demokratische Grundschule“ im September 2007 an der Universität Siegen verfasst und unterzeichnet haben. Einige Annahmen und Forderungen aus diesem Papier werden im Folgenden dargestellt:**

*Die Schule der Nation ist – die Schule.  
(Willy Brandt, 1969)*

**Zeitlich nur 40 Jahre auseinander – inhaltlich aber liegen Welten zwischen den folgenden Zitaten:**

*In unserer Schule „sind die Kinder gleichberechtigt. ... Jedes Individuum hat die Freiheit, das zu tun, was es will, solange es die Freiheit der anderen nicht beeinträchtigt. ... Alles, was irgendwie mit dem Leben der Gemeinschaft zusammenhängt – dazu gehört auch die Bestrafung von Vergehen gegen die Gemeinschaft –, wird von der Schulversammlung durch Abstimmung geregelt. ... Der Gerechtigkeitssinn von Kindern setzt mich immer von neuem in Erstaunen. Auch ihre administrative Begabung ist bemerkenswert. Die Selbstverwaltung hat einen unendlich großen erzieherischen Wert.“ (Neill, 1969)*

*„Am Beispiel der Schülermitverwaltung lässt sich gut zeigen, wie nachteilig sich demokratische Strukturen aufgrund der Unreife von Kindern und Jugendlichen auswirken können. ... Wir sind der verführerischen Meinung erlegen, dass Jugendliche Freiheit erwerben, wenn man ihnen früh Freiheit gewährt. ... Die Schüler lernen Politik als die Kunst, ihre Rechte, ihre Vorteile, ihre Freiheiten und ihre Bequemlichkeit durchzusetzen. ... Wir haben Jugendlichen demokratisches Denken und Handeln abverlangt, bevor sie entwicklungspsychologisch die innere Reife besitzen.“*

*(Bueb, 2006)*

### **Eingeengter Bildungsauftrag**

Die öffentliche Diskussion über die Qualität der Schule und ihre Probleme wird zurzeit einseitig geführt: Im internationalen Vergleich zeichnen sich deutsche Achtklässler/innen durch den höchsten Grad an Fremdenfeindlichkeit aus.

Ihre Bereitschaft zu politischem Engagement liegt unter dem Durchschnitt anderer Länder.

Das sind zwei zentrale Befunde der CIVIC-Studie zur politischen Bildung (vgl. Oesterreich 1992), die mindestens genauso beunruhigend anmuten wie die etwa zeitgleich veröffentlichten Ergebnisse der ersten PISA-Studie (vgl. Baumert et al. 1991).

Die Bildungspolitik wird gegenwärtig allerdings von der Diskussion über die fachlichen Leistungen und ihre Verbesserung bestimmt: Output-Regulierung und -Kontrolle, die Steigerung schulischer Effizienz, Leistungsmessung und -vergleich, der hektische Blick auf das „PISA-Gewinner-Ausland“ etc. – dies alles hat überfachliche Dimensionen schulischen Lebens und Lernens in den Hintergrund gerückt.

Wer spricht heute, wenn es um die Zukunft der Bildung, die Schule der Zukunft geht, noch von politischer Bildung, von Demokratielernen und -leben, von der Gestaltung eines anregenden und angstfreien Schulklimas oder der Förderung sozialer, emotionaler und kommunikativer Kompetenzen?

Kompetenzen dieser Art scheinen bestenfalls als Mittel zum Zweck zur Verbesserung fachlicher Leistungen von Bedeutung. Damit wird der Bildungsauftrag gerade auch der Grundschule unzulässig eingeengt.

### **Das Recht der Kinder auf Partizipation**

Vor dem skizzierten Hintergrund ist es notwendig, die Grundschule als sozialen Lebensraum und politischen Lernraum wieder in den Fokus auch der öffentlichen Diskussion zu rücken.

Demokratisches Engagement wächst, wenn schon Kinder erleben, dass sie als Person respektiert werden, und wenn sie ihr Leben und Lernen in der Schule verantwortlich mitbestimmen können. Die Grundschule ist die einzige öffentliche Institution, in der junge Menschen aus allen sozialen Milieus verbindlich zusammenkommen. Damit ist sie der zentrale Raum, in dem unsere Gesellschaft zusammenwächst – oder Gruppen voneinander getrennt werden. Und sie ist alltäglicher Lebensraum, in dem Macht ausgeübt und Interessen ausgehandelt werden.

Es muss somit ein grundsätzlicher Anspruch an die Gestaltung dieses alltäglichen Lebensraumes, an den Alltag aller Schulen sein, die grundlegenden Menschenrechte der Kinder zu achten und die Bereitschaft und Fähigkeit der Kinder zum demokratischen Zusam-

menleben zu fördern. Auch darüber, wie sie diesen Anspruch umsetzen, haben Schulen Rechenschaft abzulegen – nicht nur über die Förderung der fachlichen Leistungen. Dazu hat die Kultusministerkonferenz (2006) festgestellt:

*„Die Kultusministerkonferenz bekennt sich ausdrücklich zu der Kinderrechtskonvention und dem darin festgeschriebenen Recht des Kindes auf Bildung, von dessen Verwirklichung die Zukunft des Einzelnen wie auch der Gesellschaft nicht unwesentlich abhängt. [...] Die Kultusministerkonferenz spricht sich dafür aus, dass die Subjektstellung des Kindes und dessen allseitiger Entfaltungsanspruch in allen Schulstufen und -arten zu respektieren sind und Maßnahmen zur Förderung von Begabungsvielfalt sowie zur Vermeidung von sozialer Ausgrenzung verstärkt werden müssen. Die Kultusministerkonferenz spricht sich dafür aus, dass die altersgerechte Berücksichtigung der Rechte des Kindes auf Schutz und Fürsorge sowie auf Partizipation essentiell für die Schulkultur ist.“ (KMK 2006)*

In der Grundschule trifft dieser Beschluss auf vergleichsweise günstige Bedingungen. Viele Grundschulen, viele Lehrerinnen und Lehrer haben tragfähige Ansätze entwickelt, die eine ernsthafte Beteiligung an Entscheidungen ermöglichen: von Freiräumen für selbstständiges Arbeiten über Klassenräte bis hin zu Schulversammlungen (vgl. zusammenfassend Drews/Wallrabenstein 2002; Burk u. a. 2003). Diese Ansätze verdienen Beachtung und Wertschätzung, bedürfen der Unterstützung und Verbreitung.

Und hier stehen die Mitglieder der Kultusministerkonferenz mit

### „Jugendwettbewerb NRW.demokratie leben – Courage zeigen für Demokratie“

„Courage zeigen für Demokratie“ lautet das Motto des „Jugendwettbewerbs NRW. demokratie leben“ der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen für das Jahr 2007/2008.

Teilnehmen können auch in diesem Jahr wieder Jugendgruppen der außerschulischen Jugendarbeit, Schulklassen der Sekundarstufen I und II in allgemein bildenden Schulen, Förderschulen sowie Berufskollegs. **Abgabeschluss für die Beiträge ist der 17. März 2008.**

In fünf Kategorien werden jeweils erste bis dritte Preise mit Geldbeträgen zwischen 1.000 und 3.000 Euro vergeben. Kooperationspartner des Wettbewerbs sind der Landesjugendring NRW e.V., die Deutsche Vereinigung für Politische Bildung – Landesverband NRW e.V. und das Projekt „Schule ohne Rassismus? Schule mit Courage“.

Weitere Infos: [www.jugendwettbewerb.nrw.de](http://www.jugendwettbewerb.nrw.de)

ihrem Beschluss von 2006 in einer besonderen Verantwortung,

◆ ... Hürden für die Umsetzung der Kinderrechte zu beseitigen und die schulrechtlichen Vorschriften entsprechend zu überarbeiten;

◆ ... Rahmenbedingungen zu schaffen, unter denen Schulen die Vorgaben der UN-Kinderrechtskonvention im Alltag umsetzen können, so insbesondere den Verzicht auf eine frühe Selektion und auf eine Leistungsbeurteilung, die die unterschiedlichen Voraussetzungen der Kinder missachtet;

◆ ... im Anschluss an das Programm „Demokratie lernen und leben“ der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung Netzwerke von Schulen aufzubauen, in denen unterschiedliche Formen der Selbst- und Mitbestimmung auf allen Ebenen des Schullebens und des Unterrichts erprobt werden;

◆ ... Reformversuche durch Evaluations- und Forschungsprojekte zu begleiten, in den die Potenziale und die Schwierigkeiten einer „demokratischen Schule“ so untersucht und ausgewertet werden sollten, dass den Schulen konkrete Hilfen

für ihre Entwicklung gegeben werden können.

#### Partizipation als notwendige Aufgabe

Nur in einem Schulklima, das geprägt ist durch eine Vermeidung und Ablehnung strafender Kontrolle, persönlicher Erniedrigung, Ohn-macht von Schülerinnen und Schülern und Entscheidungswillkür von Lehrerinnen und Lehrern, kann es allen in und für Schule Handelnden gemeinsam gelingen, die Räume der Mitbestimmung für Schülerinnen und Schüler zu öffnen und Partizipation als eine sinnvolle, notwendige und attraktive Aufgabe zu gestalten (vgl. Rohlfs u. a. 2006). Die konkrete Gestaltung dieser Aufgabe führt zu einigen noch offenen Fragen, die den Abschluss dieses Beitrags und die Anregung einer konstruktiven Diskussion bilden sollen:

#### Offene Fragen

◆ Welche Merkmale zeichnen Grundschulen aus, in denen Schülerinnen und Schüler sich als autonom und kompetent respektiert fühlen und in denen sie stabile demokratische Einstellungen entwickeln können?

◆ Wie kann das Potenzial von Ganztagschulen genutzt werden, um Grundschulen in Kooperation mit Trägern von Hor-

ten sowie der verbandlichen, vor allem aber der Offenen Kinder- und Jugendarbeit zu sozialen Lebens- und politischen Lernräumen zu entwickeln?

◆ Auf welche Weise lässt sich die Qualität demokratischer Grundschulen so erfassen, dass Schulen Rechenschaft über die Einhaltung der Kinderrechte im Unterricht und im Schulleben geben können?

◆ Wie kann insbesondere verhindert werden, dass Kinder mit Migrationshintergrund oder mit wenig Förderung in der Familie bei der Nutzung von Beteiligungsmöglichkeiten benachteiligt werden?

◆ Wie lassen sich die aktuellen Bedürfnisse des einzelnen Kindes, die der Gruppe und die Allgemeinbildungsforderungen der Gesellschaft situativ ausbalancieren?

◆ Wie muss Lehrerbildung gestaltet werden, damit eine Demokratisierung der Grundschule unterstützt wird?

◆ Welche Formen der Schulleitung, der Schulaufsicht und der externen Evaluation lassen sich mit demokratischen Vorstellungen von Schule vereinbaren?

Der vollständige „Offene Brief“ an die Kultusministerkonferenz sowie weitere Informationen zur Tagung und zum Thema „Demokratische Grundschule“ sowie dem zusammenfassenden Sammelband sind im Internet zu finden unter: [www.demokratische-grundschule.de](http://www.demokratische-grundschule.de)

Hans Brügelmann  
Carsten Rohlfs

#### Literatur

Baumert, J. et al. (Hrsg.) (2001): *PISA 2000. Basiskompetenzen von Schülerinnen und Schülern im intern. Vergleich. Opladen: Leske+Budrich.*

Bundesministerium für Frauen und Jugend (BMFJ) (Hg.) (1993): *Übereinkommen über die Rechte des Kindes. UN-Kinderkonvention im Wortlaut mit Materialien. Düsseldorf: Livonia.*

Burk, K., u. a. (Hrsg.) (2003): *Kinder beteiligen – Demokratie lernen? Beiträge zur Reform der Grundschule, Bd. 116. Frankfurt: Grundschulverband e. V.*

Drewe, U./Wallrabenstein, W. (Hrsg.) (2002): *Freiarbeit in der Grundschule. Beiträge zur Reform der Grundschule, Bd. 114. Frankfurt: Grundschulverband.*

Edelstein, W./Fauser, P. (2001): *Demokratie leben und lernen. Gutachten für ein Modellversuchsprogramm der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung. Bonn: BLK.*

Oesterreich, D. (2002): *Politische Bildung von 14-Jährigen in Deutschland. Studien aus dem Projekt CIVIC Education. Opladen: Leske+Budrich.*

Rohlfs, C./Topor, M./Palentien, C. (2006): *Demokratie im Klassenzimmer. In: Arbeitsgemeinschaft Evangelische Schülerinnen- und Schülerarbeit e.V./Bildungswerk für Schülervertretungsarbeit in Deutschland e.V. (Hrsg.): Demokratie im Klassenzimmer. Dokumentation der Tagung vom 16. bis 18. Juni 2006. Berlin, S. 7-12.*

Kultusministerkonferenz (KMK) (2006): *Erklärung der Kultusministerkonferenz vom 3.3.2006 zur Umsetzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte des Kindes. Beschluss vom 3.3.2006. URL: <http://www.kmk.org/doc/beschl/RechtedesKindes.pdf> [zugegriffen am 05.10.2007]*

Prof. Dr. Hans  
Brügelmann,  
Universität  
Siegen (links)  
Dr. Carsten  
Rohlfs,  
Universität  
Bremen (rechts)